



Freitag, 13. Februar 2026, 15:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Gefährliche Gesprächsverweigerung

Friedrich Merz sollte endlich mit Wladimir Putin reden — nicht, weil dieser moralisch makellos wäre, sondern weil Frieden zum Besten beider Völker ist.

von Uwe Froschauer
Foto: Renata Photography/Shutterstock.com

Es klingt ein bisschen kalt und fast rückgratlos. Und doch ist es wahr: Nicht Moral sollte die Russlandpolitik

der Bundesregierung lenken, sondern ein Gefühl für die eigenen Interessen. Moralisch mag man gegen Wladimir Putin einiges einwenden, auch wenn Friedrich Merz da nicht mit Steinen in Richtung Osten werfen sollte. Die Interessen Deutschlands allerdings sind völlig klar: Eine aktive Friedenspolitik erspart den Völkern nicht nur ein entsetzliches Gemetzel, das vielleicht Millionen von Toten kosten könnte – sie dient auch dem beiderseitigen Wohlstand durch den Verzicht auf astronomische Rüstungsausgaben, durch Handel und bereichernde Kultur-Kontakte. Es ist Wahnsinn, das Gespräch mit dem wichtigsten europäischen Politiker zu verweigern – mit dem russischen Präsidenten, der seinen Partnern nützen und seinen Gegnern schaden kann wie kein anderer. Und doch hat sich Friedrich Merz seit Beginn seiner Kanzlerschaft gleichsam in den Schmollwinkel zurückgezogen und verharrt stur auf dem Standpunkt: „Ich rede nicht mit jedem“. Der Autor richtet deshalb einen leidenschaftlichen Appell an den Bundeskanzler: Ihre Gesprächsverweigerung, Herr Merz, vermehrt nicht das Gute auf der Welt, sondern spült nur Geld in die Kassen der Rüstungsindustrie. Sie schadet nicht dem vermeintlichen Aggressor, sondern vor allem der deutschen Wirtschaft und dem ganzen deutschen Volk!

Deutschland braucht Geopolitik – keine Loyalitätspolitik.

Deutschland erlebt derzeit nicht nur eine Energie- und

Wirtschaftskrise, sondern einen massiven strategischen Kontrollverlust. Die politische Führung reagiert darauf nicht mit eigenständiger Interessenpolitik, sondern mit gewohntem Vasallentum. Sie folgt den Interessen der USA, auch wenn sich deren aktuelle Regierung von Deutschland und Europa abwendet. Die US-Politiker wollen kaum noch mit ihren europäischen Kollegen reden. Dennoch scheint die Illusion einer transatlantischen Freundschaft immer noch in den Köpfen mancher Politiker zu spuken. In der Politik gibt es keine Freundschaft zwischen Ländern, Herr Merz, sondern lediglich Interessen. Das sollte mittlerweile auch bei Ihnen angekommen sein.

Besonders deutlich wird das Fehlverhalten europäischer „Spitzenpolitiker“ in ihrer Russlandpolitik – und im demonstrativen Ablehnen jeder Form von Dialog mit Russland.

Friedrich Merz steht exemplarisch für diese Haltung. Gespräche mit Moskau gelten für ihn als tabu. Gleichzeitig reist er nach Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate, um dort Energie zu sichern. Diese Reisen sind kein Zeichen von Pragmatismus – sie sind ein Eingeständnis geopolitischen Scheiterns. Sie sind ein Armutszeugnis.

Wenn schon die Amerikaner nicht mehr mit Ihnen reden wollen, Herr Merz, dann sollten Sie es sich mit den Russen nicht auch noch verscherzen. Setzen Sie sich einmal mit dem Wort „Volksvertreter“ auseinander. Es geht hier nicht um Ihre Befindlichkeiten, sondern um die Interessen des Volkes, die Sie angeblich vertreten.

Geopolitik ist Interessenpolitik – kein Moraltheater

Internationale Politik folgt keiner Ethikkommission, sondern

Interessen und geografischen Aspekten. Staaten, die das vergessen, werden nicht moralischer – sie werden irrelevant. Europa und Deutschland spielen bereits in der zweiten Liga und werden bei Beibehaltung des dummlichen Verhaltens des bestehenden Führungspersonals weiter absteigen. Entweder die aktuellen Politmarionetten nehmen einen Kurswechsel vor, oder diese gesinnungsethischen, Europa zerstörenden Protagonisten räumen ihre Plätze und überlassen sie verantwortungsethischen, progressiven und kreativen Kräften.

Deutschland hat seine geopolitische Kernlage über Jahrzehnte als Brücke verstanden zwischen West- und Osteuropa, als wirtschaftlicher Knotenpunkt zwischen Atlantik und Eurasien. Diese Rolle war die Grundlage seines Wohlstands. Heute verabschiedet sich Deutschlands Führung freiwillig aus dieser Position. Die Bürger werden nicht gefragt, sie interessieren nicht. Sie werden verheizt.

Die ideologieverbrämte, pseudo-wertorientierte EU ist auf Trennungskurs mit Russland. Risse im Konsens der EU-Russlandpolitik sind zwischen ihren Mitgliedern jedoch seit längerem spürbar. Parallel zur deutschen Gesprächsverweigerung treibt auch die Europäische Union die endgültige Abkopplung von russischer Energie voran. In Brüssel wird seit Längerem offen darüber gesprochen, russisches Gas, Öl und andere Energieträger vollständig aus dem europäischen Markt zu drängen – nicht nur faktisch, sondern auch politisch und rechtlich dauerhaft. Ziel der bürgerfeindlichen, selbstverherrlichenden und unfähigen Moralapostel in der EU ist eine strukturelle Trennung vom geografischen Nachbarn Russland, unabhängig von künftigen politischen Entwicklungen. Dümmer geht's nicht!

Doch dieser Kurs ist innerhalb der EU alles andere als unumstritten – wie es von nach außen Einigkeit suggerierenden Stimmen oftmals behauptet wird. Ungarn unter Viktor Orbán und die Slowakei unter

Robert Fico haben wiederholt deutlich gemacht, dass sie eine vollständige Abkehr von russischer Energie nicht mittragen wollen. Beide Länder verweisen auf ihre wirtschaftliche Realität, ihre geografische Lage und die Gefahr massiver sozialer und industrieller Schäden.

In zentralen Fragen der Energie- und Sanktionspolitik gilt in der EU weiterhin das Prinzip der Einstimmigkeit. Ungarn und die Slowakei haben daher unmissverständlich signalisiert, dass sie entsprechende Vorhaben blockieren beziehungsweise mit einem Veto belegen werden, sollte Brüssel auf einer kompromisslosen Linie bestehen.

Diese Haltung wird in Westeuropa oft als störend oder illoyal dargestellt. Tatsächlich verweist sie jedoch auf ein grundlegendes Problem der europäischen Politik: Nicht alle Mitgliedstaaten können es sich leisten, Energiepolitik als ideologisches, geopolitisches Symbolprojekt zu betreiben. Was einige Länder demonstrativ als Gutmenschenstum und moralische Überlegenheit darstellen – in Wirklichkeit aber politische Dummheit widerspiegelt –, ist für andere eine Frage wirtschaftlichen und auch physischen Überlebens.

Die besonders Dummen sowie die Bellizisten in der EU sind sich anscheinend nicht der Gefahr bewusst, durch ihr törichtes, sanktionierendes und kriegstreiberisches Verhalten einen Dritten Weltkrieg heraufbeschwören zu können.

Der Widerstand aus Budapest und Bratislava zeigt, dass die angebliche europäische Geschlossenheit in Wahrheit brüchig ist – und dass eine Politik der vollständigen Abkopplung nicht auf gemeinsamen Interessen beruht, sondern auf politischem Druck. Je länger diese Realität ignoriert wird, desto größer wird das Risiko einer offenen Spaltung innerhalb der EU. Über die jetzige Form, das Wertesystem und die Führung der EU sollte nachgedacht

werden. Die Führungsspitze muss ausgetauscht werden, möchte Europa irgendwann wieder auf einen grünen Zweig kommen.

800 Milliarden für den Krieg – und kein Plan für den Frieden

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat zuletzt öffentlich darauf hingewiesen, dass die Europäische Union auf einen finanziellen Pfad zusteuert, der sich – über Jahre gerechnet – auf Hunderte Milliarden Euro für die Unterstützung der Ukraine belaufen könnte. In diesem Zusammenhang nannte Orbán eine Größenordnung von bis zu 800 Milliarden Euro, wenn militärische Hilfe, Wiederaufbauzusagen, Kredite, Garantien und langfristige Sicherheitsverpflichtungen zusammengezählt werden.

Unabhängig davon, wie man diese Zahl im Detail bewertet, verweist sie auf ein grundlegendes Problem der europäischen Politik: Die EU diskutiert enorme Summen für die Fortsetzung eines Krieges, während sie kaum über ernsthafte diplomatische Initiativen zu dessen Beendigung spricht.

Statt Friedensanbahnung, Vermittlung oder Sicherheitsgarantien für beide Seiten steht die dauerhafte militärische und finanzielle Eskalation im Mittelpunkt der europäischen Agenda.

Die Verlierer des Ukrainekonflikts – die EU und die Ukraine – wollen ernsthaft dem Sieger Russland einen Diktatfrieden aufzwingen. Auf welchem Planeten leben diese Traumtänzer? Auf Fantasia, im Land Schwachmatien?

Wer solche Summen einplant und einen Diktatfrieden erreichen möchte, plant nicht das Ende eines Krieges – sondern seine

Verlängerung.

Besonders brisant ist dieser Kurs im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Entscheidung, sich energiepolitisch endgültig von Russland abzukoppeln. Die EU kappt bewusst wirtschaftliche Verflechtungen, die historisch stets auch stabilisierend wirkten, während sie sich finanziell und politisch immer tiefer in einem von den USA angezettelten Stellvertreterkonflikt verstrickt.

Orbán und auch andere osteuropäische Stimmen warnen davor, dass Europa damit jede eigene Vermittlungsrolle aufgibt. Wer versucht, Russland wirtschaftlich zu isolieren, politisch zu dämonisieren und gleichzeitig Milliarden in die militärische Fortsetzung des Krieges zu investieren, kann nicht glaubhaft als Friedensakteur auftreten.

Wenn man schon dämonisieren möchte, ist Russland das falsche Suchfeld. Man sollte erst einmal vor der eigenen Haustür kehren!

Die EU steht damit vor einer folgenschweren Weichenstellung:

Entweder sie betreibt eine Politik der Deeskalation, Diplomatie und Interessenwahrung – oder sie verstetigt einen Konflikt, dessen Kosten dauerhaft von den europäischen Gesellschaften getragen werden, wirtschaftlich wie sozial. Dass der Großteil der europäischen Bürger dem Narrativ vom „bösen Russen“ glaubt und bei der wirtschaftlichen Zerstörung Europas teilnahmslos zusieht, ist mir angesichts der Offensichtlichkeit dieser falschen Erzählung schleierhaft.

Mit dem Abbruch der Energie- und Wirtschaftsbeziehungen zu Russland hat Europa nicht Moskau geschwächt – sondern sich selbst. Russland orientiert sich längst neu: nach Asien, in den globalen Süden, in eurasische Bündnisse.

Europäische Unternehmen und Bürger zahlen höhere Energiepreise. Europa verliert industrielle Substanz und bindet sich militärisch, wirtschaftlich und energiepolitisch nach wie vor an die USA, die in Europa längst keinen verlässlichen Partner mehr sehen.

Das Agieren der EU und ihrer Akteure ist keine den EU-Bürgern vorgegaukelte Souveränität, sondern strategische Abhängigkeit von einem unzuverlässigen und unberechenbaren, vermeintlichen „Partner“. Die USA profitieren – Europa zahlt.

Die geopolitische Realität eines zugrunde gehenden Europas ist unbequem, aber existent. Die wirtschaftlichen Folgen der europäischen Russlandpolitik treffen Europa ungleich härter als die USA.

US-Energieexporte nach Europa boomen, während die europäische Industrie an Wettbewerbsfähigkeit massiv verliert. Kapital fließt aus Europa ab, und die damit verbundene Deindustrialisierung Europas und Deutschlands wird zur realen Gefahr für den ohnehin angeschlagenen Wohlstand in Europa und Deutschland. Wer das ignoriert, betreibt keine Wertepolitik, sondern Fremdinteressenpolitik, und verrät seine Bürger.

Wenn Gespräche mit Russland als moralisch untragbar gelten, Gespräche mit politisch fragwürdigen Golfmonarchien aber als alternativlos, dann wird eines deutlich: Es geht nicht um Werte, sondern um die Aufrechterhaltung einer dummen Ideologie und einer zukunftslosen Bündnistreue. Pipelinegas aus Russland galt jahrzehntelang als stabiler Standortfaktor. LNG aus Katar ist teurer, volatiler und geopolitisch keineswegs risikofrei. Dass diese Option dennoch bevorzugt wird, zeigt: Deutschlands Führungspersonal entscheidet nicht mehr primär nach eigenen Interessen, sondern steht immer noch im Schatten des nicht mehr existierenden, überheblichen „Wertewestens“.

Eurasien formiert sich – Europa schaut zu

Während Europa sich moralisch selbst isoliert, entsteht jenseits seiner Grenzen eine neue geopolitische Realität. Russland, China, Indien, Staaten des Nahen Ostens sowie Teile Afrikas und Südamerikas entwickeln zunehmend eigene Handelsrouten, Finanzmechanismen und Energiepartnerschaften, die nicht mehr vom westlichen System abhängig sind.

Projekte wie die Neue Seidenstraße, die Ausweitung der BRICS-Strukturen oder der bilaterale Handel in nationalen Währungen sind keine symbolischen Gesten, sondern der bewusste Versuch, sich dem Zugriff westlicher Sanktions- und Finanzmacht zu entziehen.

Diese Staaten handeln nicht aus ideologischer Nähe zueinander, sondern aus nüchterner Zweckmäßigkeit. Sie reagieren auf eine Weltordnung, in der wirtschaftliche Verflechtungen zur politischen Waffe geworden sind. Wer jederzeit vom Dollar-Zahlungssystem ausgeschlossen oder mit Handelsbeschränkungen belegt werden kann, sucht nach Alternativen. Was hier entsteht, ist kein Gegenblock aus Überzeugung, sondern aus Selbsterhaltung.

Europa nimmt an dieser Entwicklung kaum teil. Statt neue Netzwerke mitzugestalten, verharrt es in der Rolle des moralischen Kommentators. Es bewertet diese Prozesse normativ, statt sie strategisch zu verstehen und entsprechend zu handeln. Während anderswo Institutionen und Partnerschaften aufgebaut werden, beschränkt sich Europa darauf, sie politisch zu delegitimieren. Damit verzichtet es nicht nur auf Einfluss, sondern auch auf Mitgestaltung.

Diese Dynamik lässt sich nicht durch Ignorieren aufhalten. Eine

multipolare Welt entsteht nicht durch Ankündigungen, sondern durch Infrastruktur, Verträge und Abhängigkeiten. Wer sich davon abkoppelt, verliert Anschluss, Einfluss und Gestaltungsmacht. Europas Risiko besteht nicht darin, Teil eines neuen eurasischen Systems zu werden, sondern darin, außen vor zu bleiben, während andere es formen. Moralische Distanz ersetzt keine ökonomische Präsenz und keine geopolitische Positionierung.

Gesprächsverweigerung ist Machtverzicht

Diplomatie ist kein Freundschaftsdienst, sie ist ein Werkzeug zur Durchsetzung eigener Interessen. Wer Gespräche verweigert, verzichtet freiwillig auf dieses Werkzeug.

Deutschland braucht keine Nähe zu Russland – es braucht Handlungsfähigkeit. Dazu gehören Gespräche über Energie, Sicherheit und Wirtschaftsbeziehungen – nicht aus Sympathie, sondern aus strategischer Notwendigkeit.

Verantwortung für Deutschland übernehmen heißt, strategisch zu denken.

Friedrich Merz nennt sich Kanzler, aber der Besetzer dieses hohen Amtes sollte geopolitisch denken und die Interessen seines Landes wahrnehmen können. Merz denkt jedoch als BlackRock-Agent, dem die Interessen des Finanzverwalters wichtiger zu sein scheinen als die des eigenen Volkes. Er negiert mit seiner Verhaltensweise deutsche Interessen, schwächt die europäische Souveränität und verstärkt Abhängigkeiten, die er und seinesgleichen lediglich umetikettieren.

Eine Politik, die sich auf moralisch überhebliche Abgrenzung beschränkt, während die eigene Wirtschaft Schaden nimmt, ist keine verantwortungsvolle Politik, sondern Verrat am Volk.

Fazit

Deutschland steht an einem geopolitischen Wendepunkt. Entweder es bleibt ein eigenständiger Akteur zwischen den Machtblöcken – oder es wird zum wirtschaftlich geschwächten Anhängsel fremder Strategien.

Herr Merz, reden Sie mit Russland! Nicht, weil Russland recht oder unrecht hat – das steht nicht zur Debatte –, sondern weil es für die Interessen Deutschlands dringend nötig ist. Oder trauen Sie sich nicht, weil Sie des Öfteren Russland und Vladimir Putin unberechtigterweise in einem schlechten Licht erscheinen ließen?

Und wenn Sie schon zum Energiebetteln gehen, dann nicht nach Katar, sondern besser nach Russland. Vor Putin müssen Sie nicht einmal einen Kotau hinlegen, wie ihn 2022 unser peinlicher und unfähiger Wirtschaftsminister Robert Habeck seinerzeit in Katar praktizierte.

Putin bezeichnete kürzlich Merz' Verhaltensweise als widersprüchlich, weil Deutschland trotz Energieknappheit die verbliebene Nord-Stream-Leitung nicht nutzt, obwohl darüber Gas geliefert werden könnte.

Dito.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Größe Putins, der trotz offen zur Schau getragener deutscher und europäischer Feindseligkeiten Europas Nationen dennoch einige Male die Hand gereicht hat, die

ihm Europa aus vermeintlich moralischer Überlegenheit nicht schüttelte. Zeigen Sie sich demütig – das signalisiert Stärke und nicht Schwäche, wie die verblendete EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas und der unsägliche „Verteidigungsexperte“ Roderich Kiesewetter, der auch den Krieg gerne nach Russland getragen hätte, sowie andere persönlich unterentwickelte Personen vielleicht glauben mögen – und lernen Sie aus Ihren Fehlern. Stolpern kann jeder. Das ist keine Schwäche. Die besteht im Liegenbleiben. Stehen Sie auf, und führen Sie Deutschland aus diesem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Desaster, wenn Sie sich guten Gewissens Bundeskanzler nennen wollen.

Es ist fünf nach zwölf, Herr Merz, handeln Sie endlich!



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaege.com** (<https://wassersaege.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.